

Kommunistische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Berlin, Mai 1928.

Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. I. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Luisenpark Pl. 13.

Bei Bezug unter Streifenzahl vierteljährlich 2,50 Mk. incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,18 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Luisenpark Pl. 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Wiel Lärm um nichts

Nun trennen uns nur Stunden von der „großen Abrechnung“ der Wahlen, von der die parlamentarischen Parteien ihre Lippen und Hören man schon seit ungefähr 4 Wochen die Köpfe voll schwätzen. Der Wahlkampf ist auf seinem Höhepunkt angelangt und wird bald mit kläglichem Gemwimmer abblauen wie ein Jahrmarktspielzeug zum Aufbläsen, dem plötzlich die Luft ausgeht.

Die Herren Abgeordneten aller Parteien werden ihren Nennzettel in die Parlamente halten und „siegreich“ Diäten schlucken, während der proletische Wähler, durch den großen Akt schlapp geworden, kläglich ins Joch seines alltäglichen Elends zurückgeworfen und von seinen Angehörigen vier Jahre lang erneut hinter Licht geführt und gerumpelt wird.

Es ist Zeit, die Bilanz der Wahlrums zu ziehen. Und diese ist nicht uninteressant. Daß sie, was das Wesen der Sache anlangt, für die Proletariermassen keineswegs aktiv ist, wurde schon angedeutet. Denn an den Machtverhältnissen zwischen Kapital und Arbeit wird, wie in diesen Spalten schon oft dargelegt wurde, durch den Wahlkampf, die Wahlen und die Tätigkeit der parlamentarischen Arbeiterparteien nicht im geringsten etwas geändert. Die Schlichtungsstelle saust wie stets hernieder, die Rationalisierung geht weiter, der Angriff des Kapitals auf die Arbeiterklasse wird schon „wider die Wahlwindung“ so glatt gelang, noch schärfer und rücksichtsloser werden, die Lebenshaltung der Arbeiter noch mehr sinken. Denn auch die Welle der Preise steigt unaufhaltsam an.

Aber noch in anderer Weise war der sogenannte „Wahlkampf“ interessant. Zeigte er doch selbst in seinen Außenlichkeiten und Einzelheiten, wie sehr das spezifische Gewicht des Parlaments im ganzen der bürgerlichen Politik gesunken ist.

Selbst, wenn man sich auf den Boden des Parlamentarismus stellt und die Dinge aus seinem Gesichtswinkel betrachtet, muß man sagen, daß der „Kampf“ mehr denn je ein Nichts gilt. Wo sind die großen Parolen von Linksregierung und Weimarer Koalition geblieben, die noch vor wenigen Jahren die Plattform des demokratischen Parlamentarismus der schwarz-rot-goldenen Republik beherrschten? Wo hat man von der republikanischen Union gehört, die Herr Dr. Wirth, bevor er üblich zu Kreuzen kroch, im „Berliner Tageblatt“ und verwandten Zeitungen mit so viel Tumult angriebs und aufzuheben versuchte. Diese Union und Vereinigung der echten, wahren Republikaner in dieser alterschwarzen Republik ist es nicht einmal zu einem Vorführung gebracht. Sie ist im Reil der „realpolitischen Notwendigkeiten“ erledigt kriepert, noch bevor sie recht geboren wurde.

Im Grunde hat sich eine unverrückbar parlamentarische Kombination gebildet, als deren Angelpunkte die schwerindustrielle Deutsche Volkspartei und die internationale großkapitalistische-imperialistische Außenpolitik ihres Repräsentanten Stresemann anzusehen sind. Daran wird nicht rüttelt, ob man nun den Deutschen und den Sozialdemokraten gestattet, die „rechte“ bzw. „linke“ Flügelpartei zu spielen. Demokraten und Zentrum haben sich in diese ewige Kombination längst eingefügt, auch, wenn die Demokraten dem „Bürgerblock“ gegenüber „Opposition“ mimten. Diese „Opposition“ war auch danach.

Auf die Beteiligung an dieser Kombination ist der ganze „Wahlkampf“ der Sozialdemokraten eingestellt. Sie sandten nicht umsonst in den letzten Wochen des verlassenen Reichstags in der Hauptsache nur noch die „Staatsmänner“, wie Karl Severing, auf die Rednertribüne.

Hinter all dem Wesen und Unwesen des heutigen deutschen Parlamentarismus steht mit dem Schwert des Scharfrichters bereits Herr Dr. Luther und mit ihm der Bund für die „Erneuerung“ des Reiches, d. h. für die offene Etablierung der längst bestehenden Diktatur des Schwerkapitals und seiner Vertreter in der hohen Bürokratie des Reiches und der Länder. Unter diesem Zeichen stand der Wahlkampf. Er war ohne Zweifel weniger heilig und noch mehr jedes politischen Inhalts, als seine Vorgänger. Die Bürgerlichen vom Schlag der Deutschen Volkspartei und der ihr am nächsten verwandten parlamentarischen Sippen halten es wahrscheinlich nicht mehr für vorsehn, den Kampf um den parlamentarischen Kadaver des Parlaments mit allzu großer Heftigkeit und Verve zu führen. Die Wirtschaftsführer in (Schluß Seite 2)

Spiegel des Wahlkampfes

Thomas oder Amanullah?

Was die Mittel der Hypothese für den Wegelagerer, den Straßenräuber sind, das ist der Wahlkampf für die parlamentarischen Parteien und ihre Führer. Wenn es noch einiger Beweise bedürft hätte, daß der Parlamentarismus nur Morphium ist, um das Proletariat gegen die ihm wirklich drohenden Gefahren unempfindlich, gegen seine wirklichen Feinde blind zu machen, so wären sie in den letzten Tagen restlos erbracht worden — von allen parlamentarischen Arbeiterparteien und ihren „bewährten Führern“. Jene wissen auch, daß hier nicht zu spaßen ist und so wird erst recht alles daran gesetzt, um die Opfer, denen durch den Wahlkampf nach allen Regeln der Kunst das Fell über die Ohren gezogen werden soll, vollends zu hypnotisieren, — sie vollends durchzudehen.

Dort, wo der Parlamentarismus schon die größten „Erfolge“ aufzuweisen hat, wo er sich gewissermaßen schon internationale Positionen „erkannt“ hat, ist er naturgemäß am ausgewachsensten, am reifsten; dort ist die Flucht schon ganz klar zu erkennen. Und so traf es sich, daß Herr Albert Thomas, seines Zeichens Sekretär des internationalen Arbeitssauses mit einem Einkommen von zirka achtzigtausend Schweizer Franken — das sind rund neun 6000 Reichsmark monatlich — nebst den dazu gehörenden Kleinigkeiten, Spesen und, nach Italien fuhr, um die kulturellen, sozialen und sonstigen Errungenschaften des Faschismus in Augenschein zu nehmen. Der Mann ist einfach platt gewesen. „So viel Liebe zum Proletariat, so viel Aufstieg, so viel Fortschritt hätte der Mann sich gar nicht träumen lassen. Wir haben Proben seiner Rede über den Faschismus in der letzten Nummer der „KAZ“ veröffentlicht. Dieser Lump überschlug sich förmlich vor Freude über die Herrlichkeiten, die der Faschismus über das Proletariat ausschüttet, so daß selbst seinen italienischen Freunden seiner eigenen „International“, wir wir an anderer Stelle zeigen, die Haare zu Berge stiegen. Um der Gemeinheit die Krone aufzusetzen, erklärte dieses Subjekt dort auch, daß es eigentlich besser sei, wenn er nicht zu den Faschisten übertrete und „auf seiner alten soliden Position“ bleibe, weil gerade dadurch die Zusammenarbeit mit den italienischen Henkern sich am schönsten bewerkstelligen ließe.

Was kümmert diesen Strolch die „Kleinigkeit“, daß in dem von ihm über den grünen Klee gelobten Land des „sozialen Fortschritts“ die Proleten ausgebeutet werden wie Ungeziefer, und daß noch kein menschliches Hirn eine Grausamkeit, Menschen zu quälen, ausgeheckt hat, die in dem von Thomas gelobten Lande Mussolinis nicht praktiziert worden ist? Was tut man nicht alles, um für achtzigtausend Schweizer Franken für „Frieden“ zu kämpfen, — so wie man ihn anfängt? — Die „Rote Fahne“ nagelte diese Heldentaten ihres Gewerkschaftskollegen ebenfalls fest, und man hätte eigentlich annehmen sollen, daß die Sozialdemokratie wenigstens eine zu nicht verpflichtende Geste übrig gelassen hätte, um sich wenigstens in der Phrase den Rücken freizuhalten. Wie gefehlt!

Unter der Überschrift: „Italienischer Salat“ macht die Zeitung der Noskepartei einige faule Witze. Ungeläufig so: Gott, ja, was ist denn schon los? Der Mann muß doch nun einmal in seiner Eigenschaft als bestallter internationaler Vorkämpfer für den „Weltfrieden“ auch mit dem Faschismus Fühlung nehmen. Und daß er kein Faschist ist, hat er ja auch gesagt. Wir brauchen das, was er sagte, ja nur zu denken, aber wir müssen die „Zwangslage“ ebenfalls begreifen. Und dann liegt uns ein genauer Bericht ja auch noch nicht vor. Die KPD hätte, so heißt es dann weiter, gar kein Recht, das Maul so weit aufzudehnen, denn die Sache mit Schorsriegel, — Verzeihung! — die Sache mit Amanullah stinkt denn doch noch bedeutend stärker. Deswegen müßten alle Proletarier die richtigen Konsequenzen ziehen, und erst recht die Partei Noskes und Thomas' wählen.

Die Proleten der SPD, werden von dieser Argumentation ihrer Führerorgane nicht gerade erbaut sein, — sonst müßte man wahrhaftig am Proletariat überhaupt verzweifeln — aber sie sind nun dem Wahlkampf bereits so gepackt, daß ihnen das politische Bewußtsein völlig abhanden gekommen ist. Sie wollen einen „Wahlkampf“ und begreifen nicht, daß am Ende dieser Erfolge die Noskes, die Thomas', die Zickler und Konsorten stehen, daß gerade durch diese „Erfolge“ für die

Bourgeoisie das Heer verstärkt wird, die sie gebraucht, um das Proletariat mit allen Mitteln, zuletzt mit den Mitteln der grausamen Bestialitäten niederzuhalten. Und so wählen diese armen Teufel noch einmal — Mussolini; dorthin führt, wie nicht nur der Fall Thomas, sondern die Geschichte der 2. Internationale beweist, der Parlamentarismus!

Es ist ganz charakteristisch, daß sich die Proleten abspenken lassen mit blödesten Demagogie, und auch diese ideologische Verlotterung ist nur möglich durch die Kampferfolge der „Wahlkämpfe“. So erleben wir nun kurz vor dem großen „Sieg“ die charakteristische Tatsache, daß jede parlamentarische „Arbeiterpartei“ ihre eigenen Lampen, „rechtfertigt“ — mit den Lumpereien der Konkurrenz. Bringt die Noskepresse eine Karrikatur auf Amanullah, bringt die Piek-Zeitung eine solche auf Thomas. Und die Proleten scheinen mit einer solchen „Aukklärung“ zufrieden zu sein! Da muß man denn doch klar aussprechen: Wenn Thomas auf dem Banche liegt vor Mussolini und die Logik daraus ist, daß damit die gerade zu perverse Beweibehauptung des albanischen Mussolini gerechtfertigt wäre — dann glückliche Reise! Dann wählen die anderen Amanullah, weil ihre „Oegner“ ja auch den Mussolini wählen. Wozu dann überhaupt noch „Kampf“, ja selbst „Wahlkampf“? Wenn ja, dann selbst wenigstens konsequent und schreit: „Nieder mit Mussolini, hoch Amanullah“, damit man weiß, wie weit es der Parlamentarismus noch bringen kann mit seinen „Erfolgen“.

Was das alles nicht mehr überzeugt, der wird auch durch die durch die Korruption hinweggeschwemmte parlamentarische Spießbürgerliche „Leninbewegung“ im Moment nicht überzeugt werden, trotzdem die „Geschichte“ des Leninbundes eigentlich die Geschichte nicht einmal einer parlamentarischen Spieß- sondern Nachgeburt ist. Wir haben von Anfang an darauf hingewiesen, daß der verwegene Leichnam Lenins nur für jene ein „Programm“ sein kann, die an Geschmacklosigkeit und politischer Naivität alles zu überbieten sich in den Kopf gesetzt haben. Dieser Eitelkeiter an dem gewerkschaftlich-sozialdemokratischen Kadaver ist nun aufgegangen, und die mit religiösem Abglauben an dem Leninismus genarrten Proleten sehen zu ihrem Schrecken, daß die „Linken“ um die Gauerbande Rudi Fischer, Maslow, Scholom so unter „Kommunismus“ verstehen. Alles rennet, rettet flüchtet! Die einen haben sich bereits der Noskepartei verschrieben, die anderen stehen flehend vor den Toren Moskaus, bereif, die Silberlinge in Empfang zu nehmen, um dafür zum so und so vielen Male ihren Bankrott eigenhändig zu unterschreiben. Wir geben zu: Eine solche jämmerliche, unvernünftige, skrupellose Gemeinheit sieht bis heute unübertroffen da. Da weiß man wirklich nicht, wessen solche Gestalten eigentlich fähig wären, wenn sie es zu einer einflußreicheren Position hätten bringen können.

Der Prozeß des Verfalls der parlamentarisch-gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung nimmt Formen an, die dem objektiven Beobachter den Schauer über das Rücken jagt. Aber das Tragische an der ganzen Angelegenheit ist, daß die Proleten gar nicht merken, wie sie selbst mit verpestet werden. Von der ganz „Rechten“ der Sozialdemokratie, bis zur „linksten“ Lennecke breitet sich der gleiche Dunst politischer Korruption und erbärmlichsten Seelenfaules an. Die Sklavenhändler eilen wie Börsenjobber hin und her und notieren die Kurse, überlegen, wo noch Aktien zu erwerben sind, und einige Tage vor der Wahl ist noch nicht klar, ob die „Orthodoxen“ — diese „Führer“ sind gar kein politisches Problem mehr, sondern eine rein kriminelle Angelegenheit — ihre letzten folgenden Proleten selbst ihrem „Volkswillen“ an die SPD, oder an die KPD, sich zu verkaufen entschließen. Nur eines ist ganz klar, nur nach einer Richtung zeichnen sich die Konturen ganz deutlich ab: die Proleten, die überhaupt wählen, — sie wählen damit überhaupt die Methode der „Arbeiterpolitik“, vermittels derer sie immer von neuem den Henken des Proletariats ausgeliefert werden; sich selbst ausliefern! Sie wählen mit der Wahl der parlamentarischen „Arbeiterpolitik“ den eigenen Selbstmord, weil diese Politik notwendig die Etappe zum Faschismus ist. Sie wählen Mussolini oder Amanullah.

Öffentliche Versammlungen

Groß-Berlin.
Mittwoch, den 16. Mai, abends 7.30 Uhr.
Pharus-Säle, Müllerstraße.

Duisburg.
Freitag, den 18. Mai, abends 7 Uhr,
im Lokal Hemmerz, Neudorfer Straße 120.

Thema:
Massenaktion oder Stimmzettelmödie.

frech Kommunisten. Sie sind zu jeder Lüge und zu jedem Verbrechen fähig.
Eigentlich sollte der Reichstagsabgeordnete Jaddach in dieser Versammlung sprechen. Am Tage vorher in Geisenkirchen-Buer hat Jaddach im Lokal Kadeuwe sieben KAPisten, zwei Rote Frontkämpfer, eine KPD-Stenotypistin und drei Ekkis-Freie als Versammlungsbesucher gehabt, wold durch Handzettel auf drei Schachtanlagen Propaganda gemacht worden war.

Leipzig
Die sächsischen Metallarbeiter sind, wie vorauszusehen war, der Schlichtungssatzung zum Opfer gefallen. Einige lempige Bettelplempeler werden mit einer Laufdauer des neuen Zwangsarbeits von einem Jahr dekretiert und von den Gewerkschaften als „Erfolg“ ausposaunt.

Die KPD-Opposition des DMV in Leipzig hat zu einem großen „Schlag“ gegen den Reformismus ausgebaut. Dem Reichrat der Sächs. Arbeiterzeitung nach zu urteilen, sind die Moskauer drauf und dran, den Kampf der Leipziger Metallarbeiter weiterzutreiben über die Verbindlichkeitserklärung hinaus, nachdem der Oberbesitzer der Leipziger Gewerkschaftsbestitz an Antrag der Opposition in der letzten Funktionierversammlung erklärte, er sei entschlossen, den Kampf nicht nach Verbindlichkeitserklärung „bis zum siegreichen Ende“ zu führen. Die KPD, hatte nun am Mittwoch, den 16. April, eine Versammlung der Metallarbeiter-Opposition für den Osten Leipzigs einberufen. Es sollte in dieser Versammlung festgelegt werden, welche Stützpunkte die KPD in den Metallbetrieben habe. Es stellte sich aber heraus, daß in den meisten einzigen Betrieben eine Stütze der Opposition vorhanden ist, trotzdem in manchen großen Betrieben 15 bis 20 KPD-Mitglieder sich befinden. Aber diese tapferen Oppositionisten weigern sich, „Zellenarbeit“ zu leisten, so daß ihr Vorhandensein überhaupt nicht in Erscheinung tritt, weder im Betrieb, noch in den Gewerkschaften.

Doch die KPD, hat einen Ausweg gefunden, und die Reformisten mögen zittern! Am 20. Mai — so erklärte der Reichrat der KPD — finden die Wahlen statt. Und wenn die SPD-Gewerkschaftsführer ihr Versprechen, den Metallarbeiterkampf über die Verbindlichkeitserklärung hinaus zu führen, nicht halten wollten, dann werden die Metallarbeiter ihnen die Quittung dafür geben, indem sie restlos — die Liste der Kommunisten, die Wahl wählen! — fürwärts, ein probates Mittel! Anstatt die revolutionären Kräfte der Metallbetriebe zusammenzufassen in revolutionären Betriebsausschüssen, die den Kampf über die Gewerkschaften hinweg organisieren und den geplanten Verrat der Schärer und Konsorten aufzuheben — hieren sie sich über die Mittel der Metallbetriebe in einen Wahlwindel, und wollen auf dem Rücken der hungrigen Metallarbeiter ein paar fette Pfunde im Parlament ergattern.

Wie die Gewerkschaften die Stützen des Kapitals, so sind diese KP-„Eroberer“ die Zähler der Gewerkschaftsböden. Eine Sammelblüte stützt die andere! Die Leipziger revolutionären Metallarbeiter haben jetzt die Aufgabe, den Nebel der KPD zu zerstören und die Fortsetzung des Kampfes zu organisieren mit Hilfe revolutionärer Betriebsausschüsse.
Metallarbeiter in Sachsen und im Reichel
Der Verrat ist perfekt! Schlecht auch zusammen! Heraus aus den Gewerkschaften die Allgemeine Arbeiter-Union, Heraus aus den Gewerkschaften die Allg. Arbeiter-Union, das ist die revolutionäre Kampfrufen des gesamten Proletariats, die Betriebsausschüsse sind das Instrument zur Niederrückung des Kapitals.

Organisatorische Mitteilungen

Achtung, Hamburg!
Am Dienstag, den 15. Mai 1928, 8 Uhr, im Lokal Eckelmann, Ecke Hamburg- und Bartholomäusstraße, wichtige Mitteilerversammlung Partei und Union. Kein Genosse darf fehlen! Sammellisten für den Kampffonds müssen am 15. Mai beim Kassierer abgerechnet und zurückgegeben sein. Zahlungen à conto sind dringend notwendig.
Eine Reihe von Unionsgenossen haben die Solidarität Mitteleuropas noch nicht bezahlet. Wir hoffen, daß dieser Hinweis genügt, um jeden Genossen zur Pflächterführung zu veranlassen. Die Arbeitsausschüsse.

Unentbehrliche Waffen für jeden klassenbewußten Arbeiter im Kampfe gegen die gewerkschaftlich-parlamentarische Konter-Revolution sind
Die KPD, im eigenen Spiegel 0,75 Mk.
Der Bonzenspiegel 0,80 Mk.
Zu beziehen durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Luisenpark Platz 13.

Lest die „Kommunistische Arbeiter-Zeitung“

Zu beziehen durch Bezirk:
Berlin-Brandenburg: Arbeiter-Buchhandlung, Berlin SO, Luisenpark Platz 13.
Bayern: W. Graf, München, Tal 28.
Niederrhein: W. Balhaus, Halle a. S., Jakobstr. 27.
Magdeburg-Anhalt: Harzmuth, Magdeburg, Umfassungstr. 25.
Mittelrhein: Max Holz, Köln, Vondelstr. 33.
Niederrhein: Valentin Gross, Düsseldorf, Kirchr. 31.
Niedersachsen: Hans Engcke, Hannover, Wiesenstr. 31.
Pommern: Goetzke, Stettin, Schiffbaustraße 5.
Ruhrlagen: F. Szycymczak, Buer i. Westf., Koloniestr. 25.
Sachsen: Schicksche, Leipzig, O. 28, Mariannenstr. 28.
Süd-Ost: O. Otto, Chemnitz, Chemnitzstr. 4.
Süd-West: E. Herwegh, Frankfurt a. M.-West, Ginnheimer Landstr. 6.
Wasserkante: H. Eckelmann, Hamburg 22, Bartholomäusstr. 1.
Herzogsg. und für den Inhalt verantwortlich: Georg Sträbing, Berlin N. — Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, Willy Iszonatz, Berlin O 17.

Klassenbewußte Arbeiter

kämpfen gegen Parlamentarismus und demokratischen Betrug und lehnen es ab, die Geschäfte der kapitalistisch-parlamentarischen Parteien zu finanzieren. Sie kämpfen für die Revolution und sammeln für den Kampffonds der revolutionären Partei und ihrer Presse.
Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42

blutigsten Weg, den die Arbeiterschaft zu gehen hat, aufzuzeigen, hatte dieser Kasper kein Interesse und wäre ja auch als Mitglied der KPD, nicht in stände dazu gewesen, die ja nur durch Phrasen und Betrug ins tände ist, Wähler zu fangen. Die Aufgaben, die L. dem Proletariat zuweist sind nur: wählt, wählt und wählt nochmals die KPD.

Als erster Diskussionsredner sprach einer von unseren Genossen. Und es war das erstmal in Weifenfels, daß unser Genosse zum Wort kam und somit ohne beschränkte Redetät die wirkliche politisch-wirtschaftliche Lage zu entwickeln und an Hand unseres Programms den einzigen Weg aufzuzeigen, den die Arbeiterschaft zu gehen hat, nämlich Klassenzusammenschluß in den Betrieben zur Allg. Arbeiter-Union. Er bewies in seinen Ausführungen den bisherigen Verrat, den die KPD, gerade in Parlament und Gewerkschaft treibt, daß sie sogar inneren zu stören, aufgegeben hat, um wie alle anderen revolutionären Parteien durch Anträge, die höhere Besoldung von höheren Beamten, Zuschüsse für Kirche, Polizei usw. fordern, den derte den L. auf, daß von ihm gebrachte Tatsachenmaterial in seinem Schlußwort zu widerlegen. Mehrmals wurde unser Genosse von zustimmenden Zwischenrufen unterstützt, natürlich nicht in den Betrieben, selbst als Referent zu versprechen, unseren Genossen durch Zwischenrufe zu unterbrechen. Aber Proleten verlangten, unseren Genossen auszusprechen zu lassen und zöhlen auch am Redeschluß seinen Ausführungen Beifall. Nachdem sprach ein Nationalsozialist in bekannter Weise.

In seinem Schlußwort konnte natürlich Lademännchen unser gebrachtes Tatsachenmaterial nicht entkräften, sondern gab die Fehler, die überall gemacht werden, zu. Arbeiter, sozialdemokratischer oder leninistischer Belastung, kann dem Fluch der Lächerlichkeit nicht entgehen.

Der Weg in den Sumpf

Wir lesen im „Berliner Tageblatt“ vom 28. April 1928 folgende Meldung (Abendausgabe):
Nouwahl der Potsdamer Stadträte.

Die Kommunisten stimmen für die Sozialdemokraten.
In der gestrigen Sitzung der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung wurde die Nouwahl der unbesetzten Stadträte vorgenommen. Die Sozialdemokraten erhielten vier unbesetzte Stadträte, die Mittelgruppe drei und die Sozialdemokratie fünf neue Stadträte. Die Kommunisten stimmen für die sozialdemokratischen Stadträte, und zur Begründung führte der Stadtverordnete Haasemann (Komm.) aus: „Wir haben für die Sozialdemokratie gestimmt, aber nicht aus Liebe, sondern aus taktischen Gründen, weil die Sozialdemokratische Partei die Lage der Arbeiter im Stadtparlament verbessern kann.“

Wie erlangen uns dazu nur die Frage: Warum denn dann noch eine KPD, wenn doch die SPD, so tüchtig ist?
Und dann: es würde uns gar nicht wundern, wenn wir in Kürze erfahren würden, daß diese famoson KPD-Stadterordneten zur SPD übertreten sind. Denn die Dinge haben auch da ihre Länge, wo die Menschen sie nicht haben!
Es wäre an der Zeit, daß alle Proleten, auch die der KPD, diese alte Wahrheit aus dem ABC des Klassenkämpfers begreifen und beherzigen würden, besonders jetzt, wo der Giftgeschmack der Wahlverwundung unerhörte Blüten treibt. Nicht das fad gesagte der Parlamentshanswürste, sondern nur der Vorstoß der als Klasse geloteten und organisierten Massen aus den Betrieben heraus kann zum Ziel führen. Den Weg zeigen Euch KAP. und AAU.

Nach ein Wahlschlager

Béla Kun.
Die Götter scheinen der KPD, günstig zu sein: Sie schütten ihr die Wahlschlager in den Schoß! — Also richtig ist es: Béla Kun ist hier verhaftet worden; doch wird ihm nichts geschehen. Heil und ganz ohne Abzüge wird er wieder nach Rußland gesendet werden. Interessant ist aber, warum er eigentlich nach Wien gekommen ist.
Béla Kun, unruhlichst bekannt aus den Kämpfen von 1918 — ein Kämpfer, der noch mehr zu sagen sein wird, steht seit langer Zeit mit den ungarischen Kommunisten in zrimmeriger Feinde. Die temperamentvollen ungarischen Genossen kümmern sich den Teufel um die russischen Parolen, sie machen revolutionäre Politik auf eigene Faust und schrecken nicht, was ihnen die Moskauer Thesendiarthor vorsetzt. Dementsprechend wurden sie natürlich auch von Moskau im Stich gelassen. Als der entmenschte ungarische Faschismus Rakosi, Szanto, Vazy und Genossen auf das vielschichtige loterte, rührte das Vaterland der Arbeiter, das „Sechstel der Erdoberfläche“ keinen Finger. Kun ist nun nach Wien gekommen, um die unbotmäßigen ungarischen Revolutionäre, die dem Kulakenkönig den Gehorsam verweigern, abzusetzen und durch ein paar verläßliche Lenioker zu ersetzen. Dies war der Zweck seiner Reise, nicht „Weltrevolution“. Die Bourgeoisie fürchtet keinen Béla Kun und er wird nicht nach Ungarn ausgeliefert werden. Solange die Béla-Kuns das große Wort führen, ist ohnehin das Proletariat der ganzen Welt an die Bourgeoisie ausgeliefert.

Aus den Wirtschaftsbezirken

Mitteleuropa
Die KPD, wird Wähler.
Am vergangenen Freitag fand in Weifenfels a. S. die erste Wahlversammlung der KPD, statt. Schon als man den Saal betrat, bemerkte man den gesunkenen Einfluß der KPD, an den leeren Plätzen gegen die in den Vorjahren überfüllten Versammlungen. Als Redner konnte man den Landtagsabgeordneten Lademann aus Halle begrüßen, den man eigentlich eher als „neuesten Stern am Firmament der Varietékünste bezeichnen müßte, denn seine Hauptausführungen bestanden in faulen Witzen gegen die Gewerkschaft seiner Partei. Hauptgeschäft versuchte er gleich im Anfang seiner Rede provozierend gegen unsere Genossen zu hetzen und Pogromstimmungen zu erzeugen, wum er jedoch bei den anwesenden Proleten wenig Beifall fand. Denn die Proleten, welche durch die Plakate, die auf die bluternste Situation hinwiesen, gekommen waren, waren doch sehr enttäuscht über die Harlekinade des einst „revolutionären Arbeiters“ Lademann, denn nur sensationstüchtige und hysterische Phrasen konnten den faden Kaspertheater Beifall klatschen. L. verstand es ausgezeichnet, die gesamte KPD-Wahlgenossenschaft durch persönliche Angriffe in den Kot zu ziehen, auf das einzige Himmelreich Rußland verweisen, aber den Proleten die bluternste Situation klarzumachen und den

Klara Zetkin spricht:
„Deutschlands Zukunft beruht auf einer engen Interessengemeinschaft in wirtschaftlicher, politischer und, wenn es sein muß, auch militärischer Hinsicht mit der Sowjet-Union. Ich glaube sogar im Gegensatz zu dem Abgeordneten Weis, daß es nicht so aussieht, als ob er sich das vorstellt, daß unter Umständen ein Zusammenwirken zwischen der Reichswehr und den Rotarmisten-erfolgt.“ (Reichstagsprotokoll 127. Sitzung S. 467-8)
Verteidigung des kapitalistischen Vaterlandes und Parlamentarismus gehören zusammen!
Klassenbewußte Arbeiter boykottieren die Reichstagswahl

schieden die Schutzplatt streichen würde, dadurch würde auch endlich eine Befreiung der Länder erzielt und die pazifistische Aera eingeleitet.

In wirtschaftlicher Hinsicht wurde durch diesen Umstellungsvorgang die Arbeiterklasse in die Lage versetzt, durch höhere Löhne die Kaufkraft zu stärken und somit durch Senkung der Preise die Ankerbelastung der Wirtschaft zu bewerkstelligen. Dieses ist die erste Etappe zum Sozialismus, die zweite besteht darin, daß die Arbeiterschaft den noch kapitalistischen Staat mit sozialistischem Inhalt fülle. Diese letztere Auffassung versucht Breitscheid ohne scheinliche Zustimmung mit Hilfe eines aus dem Zusammenhang gerissenen Zitates aus der Rede von Luxemburg, gehalten auf dem Gründungstax der Spartakusbundes, zu bekräftigen.

Nach dieser vollzogenen Leichenbeschauung ergreift ein KAP-Genosse das Wort. Mit der Feststellung, daß jede Regierung das ausführende Organ der ökonomisch herrschenden Klasse ist, wird der ganze parlamentarische Budgetzauber unter Aufhebung der praktischen Regierungstätigkeit der Sozialdemokratie zerschlagen. Anderserseits wurde der von Sozialdemokraten vorbereitete Grundsatz: „Alle Macht geht vom Volke aus“ den anwesenden Arbeitern als blühender Schwindel entlarvt mit dem Bemerkung, daß die grundsätzlichen Vertreter des Volkes einstimmig dem großen Schlachtgeist 1914 zustimmten, obwohl die Arbeiterschaft, wie der Referent selbst anführt, den Krieg nicht gewollt habe.

Dieser Genosse zielt weiter auf die Unmöglichkeit einer Prosperität, unter den Gesichtspunkten, unter welchen die SPD, den Wiederaufbau und die damit verbundenen Gemeinheiten am Proletariat deckt und auch inszeniert. Die Behauptung, daß höhere Löhne identisch mit größerer Kaufkraft seien, wurde an Hand von einem Zitat Rosa Luxemburgs sowie einigen einfachen Rechenbeispielen der Lächerlichkeit preisgegeben, so daß der Referent für immer erregter Zwischenrufen seine eigene Unfähigkeit, auch seiner eigenen Anhänger, dokumentierte. Der Abend war ein Erfolg des antiparlamentarischen Gedankens.

Chemnitz

Seit Jahren bemühte sich die Chemnitz-KPD, in allen Tonarten um die Herrschaft der „linken“ SPD, die Demonstrationen im Mai 1928 brachte die heiligste ersehnte „Einheit“. Zirkel 6000 Anhänger der Sozialdemokratie Moskauer Richtung zogen gemeinsam mit den Sozialdemokraten kaiserlicher Richtung, insgesamt etwa 15.000, durch die Randgebiete unserer Stadt. Daß von einem Kampfe bei dieser Einheitsrummel nicht gesprochen werden kann, versteht sich am Rande. Alle mechanisch, unbedingte, eben nur Regie.

Nur einige von der KPD, mitgeführte Transparenten, hingen an den „Fahnen“ der Arbeiter, Stahln, Röhrlund und den Segen unserer freiesrepublik, vermochten einiges Leben in die Demonstration zu bringen, dahingehend nämlich, daß die Anhängerschaft der SP, gegen diese, doch im Grunde so harmlosen Dinge, schimpfte, unter Hinweis darauf, daß solches Tun gegen die „Einheit“ verstöße, und nie mehr wieder sie mit der KP, demonstrieren. Alles in allem, für ehrliche, revolutionäre Arbeiter ekelhaft.

Entgegen diesem Sumpf, dieser Versumpfung des Gedankens des 1. Mai hatten KAP und AAU, in letzter Stunde noch die revolutionären Arbeiter zum Besuch einer abends stattfindenden öffentlichen Versammlung, mit dem Thema: „Die Erfahrungen der Münchener Räte-Republik! Parlamentarismus oder Klassenkampf!“ aufgerufen.

Der Besuch war verhältnismäßig gut, wenn man in Betracht zieht die uns zur Verfügung stehenden Kräfte und die Tatsache, daß uns die Bekanntmachung erst in letzter Stunde möglich war.

Ein Genosse der KAP, Mitkämpfer aus den Münchener Rätezeiten, verstand es, in klaren Sätzen, aneinanderreihend Tatsache um Tatsache, den anwesenden Arbeitern ein objektives Bild zu entrollen aus jener Zeit, ein gutes politisches Bild, dazu geeignet, die Proletarier die Augen zu öffnen über die Taten der Sozialdemokratie und über den Werkzeug der KP von der revolutionären Spartakusgruppe bis zur heutigen im kontrollverordneten Sumpf der Politik russischer Staatsnotwendigkeiten Parlamentarismus.

In größeren Ausführungen wies der Gen. darauf hin, wie die Politik der KAP, darstellt die natürliche Fortsetzung der Tätigkeit von Spartakus, der einzigen Arbeitergruppe, die in den Tagen der Münchener Rätezeit, die ehrliche revolutionäre und Tatkraft verkörperte, auf erhöhter Stufe der Sprossenleiter marxistisch-revolutionäre Erfahrungen.

Und mögen auch die Wogen reformistischer, parlamentarischer Illusionen noch höher steigen, wir werden, uns den geschichtlichen Anzeichen des Proletariats bewußt, nicht bücken, sondern das Proletariat wegwandern zu lassen.

Der Genosse streifte im Referat auch die Stellung der anarchistischen und syndikalistischen Gruppen während der Rätezeit und bewies, wie aktiv, wie diese Gruppen, wenn auch unbewußt, zu Werkzeugen der sozialdemokratischen und unabhängig sozialdemokratischen Konterrevolution wurden, zum Teil darum, weil sie nicht marxistisch-revolutionär die Dinge analysierten, sondern ähnlich an sie heranzutreten, um ihrer Ehre aber stellte der Genosse fest, daß diese Klassen-genossen, nachdem sie das Spiel erkannten, als der Verrat offenkundig war, gemeinsam mit den revolutionären Proletariaten auf den Barrikaden starben.

Die einsetzende Diskussion gestaltete sich lebhaft. Ein Syndikalist stellte ganz besonders fest, daß dem Referat nicht hinzuzufügen sei, daß es nicht objektiv hätte sein können. Er machte den Versuch, die Ausführungen des Referenten bezügl. der Stellung der Anarchisten und Syndikalisten zu entkräften, aber es blieb kein Versuch.

Im Schlußwort verstand es der Genosse, eingehend auf die Prinzipien und die Taktik dieser Gruppen, in sachlicher Weise nochmals nachzuweisen die Richtigkeit seiner Darlegungen, die Notwendigkeit der revolutionären, positiv antiparlamentarischen Partei und der umfassenden Klassenorganisation des Proletariats, der Allgemeinen Arbeiter-Union, um das Proletariat herauszuheben aus den Niederungen parlamentarischer und gewerkschaftlicher Illusionen, die immer wieder zum offenen Verrat sich auswachsen.

Für Freitag, den 4. Mai, hatten sich unsere Sozialdemokraten Herrn Dittmann, MdR, für eine öffentliche Versammlung, die den Auftakt ihrerseits für den Großkampf, 20. Mai, geben sollte, verschrieben. „Lächerlich gering, gemessen an dem riesigen Organisations-Apparat der SP, war der Besuch der „Massenversammlung“. Ganze 30-40 Mitglieder dieser Partei hatten sich eingefunden, um einer der üblichen parlamentarischen Wald- und Wiesenreden Gehör zu schenken.

Einige Genossen der KAP, und AAU, beschützten diese Versammlung, um in erster Linie Propaganda-Nummern der KAZ zu verteilen. Schon das Erscheinen der Genossen bewog das Reichsbanner, diese in besondere Beobachtung einzubeziehen. Die Genossen arbeiten schnell und im Verlaufe von 2 bis 3 Minuten zeigen den Willen dieser „Sozialisten“ zirkel 200 KAZ (Mai-Nummer) verteilt: Alles Schimpfen und Toben nützte nichts, im Gegenteil, nur ernst aufmerksam gemacht, rief man sich um die letzten Zeitungen.

Zu Beginn der Versammlung, wies der Leiter darauf hin, daß nur Vertreter großer Parteien in der Diskussion zugelassen würden. Ein Eingehen auf die Äußerungen des Dittmann wäre lanweilig.

Karl Marx über die Parlamentsaffäre.

„Je mehr es der bestehenden Klasse gelingt, proletarische Intelligenzen an sich zu fesseln, sei es durch gehobene Posten beim Kapital selbst, sei es durch Regierungs- und Staatsämter, desto mehr wird es ihr gelingen, die Arbeiterklasse zu verwirren, sie vom Klassenkampf, vom Ziel abzubringen.“

Klassenbewußte Arbeiter boykottieren d. Reichstagswahl!

demokratisch, vielleicht auch von einem gelinden Schauer in Hinsicht auf den sich am Anfang abspielenden Vorfall, geschnitten, erklärte, daß die KAP, eine antiparlamentarische Partei sei und darum das Wort nicht erhalten könne.

Schadenfroh riefen sich einige Anhänger der Stalin-Partei die Hände, um dann in freiesprechendem einem Diskussionsredner ihrer Partei entgegenzubringen.

Der sprach viele Worte, und diese waren inhaltlos, nur: Wählt Liste 5. Und es kam zu einem Streit, und die vorher so Schadenfrohen liefen Gefahr, hinauszufliegen. Denn auch die KAZ, tat ihre Wirkung; in ihr hatten die braven Sozialdemokraten unter die rote Polizei in Aktion eine Schandtat, die den ihrigen, bisher bezagungen so nahebel, nach eifrigem Studieren entdeckte, und gingen nun mit dieser Tatsache gegen ihre, im Grunde nicht feindlichen, Brüder los.

Diese Versammlung zielte auf, wie innerlich wohl die SP ist. Wir werden unsere Erfahrungen sammeln, und sie dienlich machen unserem Kampfe gegen diese in Sachsen noch dominierende Partei der Noskezuhalter.

Ruhrgebiet

Bochum-Riemke. Der Parlamentarismus wird handgreiflich! oder: Gustav, Gustav, ärgere Dich nicht!

Herr Gustav Sabotka M. d. L. referierte am Sonnabend, den 28. April 1928, in einer öffentlichen Versammlung vor 21 Personen über die Wahlrede, wie in Wanne-Eickel, wurde als Obrenschlams getrieben.

In der Diskussion sprach Genosse K. über die AAU, daß diese nur als moderne Kampforanisation gegenüber dem heutigen Kapitalismus in Frage kommt. Nicht-Regieren und Stimmzettel, sondern Stützpunkt der kapitalistischen Sowjet die Aussage über die Klassenorganisation ging, es noch mit dem Gustav. Bei den Ausführungen über die KPD, wurde er wieder sehr unruhig. Als ihm gesagt wurde, daß man noch vor Wochen vieles bestritten - heute aber niemand bestrittet - z. B. daß der Arbeiterstaat Rußland der deutschen Reichswehr die Granaten geliefert hat, konnte der Gustav sich nicht beherrschen, stieß auf, geht zum Gen. K. und greift ihn vor die Brust. Die Gen. der KAP, stehen auf und verhindern seinen weiteren Angriff. Der Polizeibeamte eilt mit dem Gummiknüppel zu der Stelle. Der Angriff erfolgte von vorn durch Sabotka und von hinten kam der Schutzmann zu den fünf KAP-Genossen. Auf diese Provokation sind die Herren Gen. nicht bereitwillig. Sabotka ging zu seinem Platz und sagte: „Kann reden solange er will, aber nicht gegen Sowjetrußland“. Warum wurde der Gustav selbst handgreiflich? Weil trotz seiner Hetze seine Getreuen untätig waren.

Während den Ausführungen des K. rief S. „der Parlamentarismus wird dich wohl kennen. In Wanne bist du durch Fenster gegangen.“ Auf den Widerspruch, das ist nicht wahr, hier sind Zeugen, sagte er „Aber behaupt!“ - Als die Herner Gen. das Wort übernahm, wurde der Gen. K. sehr unruhig. Er sprach, daß er nicht die Gen. der KAP, sondern die Gen. der KAZ, in der Hand hat, aber um so mehr grimmiger gestimmt. Die amtlichen Dokumente der „Sowjet“regierung wollte er dem Gen. K. fortnehmen. Was würde einem Nichtparlamentarier passieren, wenn er versuchte, etwas gewaltsam fortzunehmen?

Bochum

Ausgeschlossene Kommunisten dürfen nicht sprechen! Ueber Metallarbeiter und Wahlen sollte Schmitt M. d. L. referieren, ist aber krank geworden. - Als Ersatz ist ein Herr Ubrich erschienen. Seine Ausführungen waren allgemein reformistischer Quark. Nun folgte die freie Aussprache, aber nicht für alle Parteien. Als Genosse K. sich schriftlich gemeldet hatte, wurde ihm kein Wort ertitelt.

Die Begründung des Versammlungsleiters war folgende: „Wir können nur solche Parteien das Wort ertitelt, die angeschlossen sind.“ (SPD). Zentrum (Bürgerblock). Je folgenden Verleumdungen des K. 1923 sei er bei den Nazis gewesen. Obwohl diese Lügen längst widerlegt sind, wärmte der KPD-Mann Frank sie wieder auf. Nach einer gemeinen persönlichen Harte gegen den Leiter der Versammlung darüber abstimmen, daß K. nicht sprechen darf! Von den 50 Personen, haben kaum 20 gestimmt. Als Gegenprobe verlangt wurde, erklärte der Leiter: „Wenn ich von hier oben sage, es ist die Wahrheit, dann ist es auch.“ - Der Referent vierter Garnitur konnte aufatmen!

Chemnitz

Die nächste öffentliche Diskussion findet am Sonnabend, den 9. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthaus „zur Linde“ (Theaterplatz) statt.

Leser der „KAZ“ und des „Kampfruf“ und Sympathisierende werden hierdurch besonders eingeladen. KAP, AAU, Benützstraße.

Weißenfels

Alle Genossen der AAU und KAP, sowie Sympathisierende, treffen sich jeden Freitag, abends 8 Uhr, zum öffentlichen Diskussionsabend im Lokal „Reichspost“, Benützstraße.

Unentbehrliche Waffen für jeden Klassenbewußten Arbeiter im Kampfe gegen die gewerkschaftlich-parlamentarische Konter-Revolution sind

Die KPD, im eigenen Spiegel . . . 0,75 Mk.
Der Bonzenspiegel 0,80 Mk.

Zu beziehen durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.

Herzberger und für den Inhalt verantwortlich: Georg Ströbing, Berlin N. Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, Willy Isdonat, Berlin O 17.

Bestellzettel

Ich bestelle hiermit die „Kommunistische Arbeiter-Zeitung“ Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands per Post - frei Haus

Rheinland-Westfalen

Der Bestellszettel ist als Drucksache oder persönlich an die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13, zu senden.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Name:
Ort:
Straße:

Kennnis von dem Beschluß des Bez. Ruhrgebiet, der dahingehend lautet, daß der Bez. Ruhrgebiet direkte organisatorische Bindungen mit den Bez. Nieder- und Mittelrhein abtut und als selbständiger Bezirk Ruhrgebiet weiter besteht.

In der Diskussion über den Bericht vom Parteitag kam zum Ausdruck, daß die Arbeiten des Parteitages nicht ganz befriedigt haben. Beispielsweise wurde gerügt, daß in der so beglückten Frage der Taktik der Union der Parteitag nicht das gebracht hat, was von ihm erwartet wurde. Da auch innerhalb der Union des Bez. Rheinland Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Taktik der Union bestehen, diesem Zustand aber unbedingt ein Ende gemacht werden muß, sprach sich die Tagung, in dem Sinne aus, daß die nächste Bezirkskonferenz diese Frage endgültig und klar zum Abschluß bringen muß. Es wurde an die Delegierten appelliert, daß sie sich dafür in den Gruppen einsetzen sollen, daß die Frage der Taktik der Union nochmals in den Gruppen zur Diskussion gestellt und die Genossen sich in Artikeln im „Kampfruf“ zu dieser Frage mehr äußern sollen, so daß in den Gruppen Unterlagen zur Diskussion nicht gegeben sind und die widersprechenden Meinungen in dieser Frage allen Genossen des Bezirks zur Verfügung stehen. Die Einsetzung der Artikel soll an den Bezirks-Arbeits-Ausschüsse geschehen. Die Konferenz billigte das Vorhaben des Parteitages gegenüber der abgespaltenen Opposition und begrüßte, daß das Verlangen derselben, auf dem Parteitag, vertreten zu sein, strikt abgelehnt wurde, es kam zum Ausdruck, daß Genossen, die sich selbst durch ihre Tätigkeit (Beitrags-sperre) die Möglichkeit genommen haben, ihre Meinung im Rahmen der Organisation zu vertreten, auf Tagungen der Organisation nichts zu sagen haben. Es wurde die Lösung, so wie sie der Parteitag gegenüber der abgespaltenen Opposition getroffen hat, zuteilgeben. Die Konferenz brachte weiterhin zum Ausdruck, daß die Wiederaufnahme der sogenannten führenden Geister der Opposition grundsätzlich geprüft werden soll und ihre Wiederaufnahme in die Organisation, wenn auch nur die geringsten Anhaltspunkte vorhanden sind, daß die Genossen bei Lösung irgend einer Zweckmäßigkeitfrage, wenn dieselbe ihrer Meinung nach wieder eine falsche Lösung erfahren sollte, wieder zur Fraktionsarbeit schreiten würden, der Eintritt in die Organisation zu verweigern ist. Es kam weiter zum Ausdruck, daß doppelte Vorsicht angewandt werden muß gegen jene Elemente, denen jedes Mittel gut genug ist, um ihre Meinung zum Durchbruch zu verhelfen (bei einer reinen Zweckmäßigkeitfrage), die Behauptungen aufstellen, für die sie absolut keine Unterlagen haben, wie beispielsweise es geschah in der Rundschreiben der Opposition vom Oktober 1927, wo von korruptem Führer der Allgemeinen Arbeiter-Union gesprochen wird, trotzdem der Beweis für diese Behauptung in keiner Weise bisher von Seiten der Opposition erbracht worden ist. In dem Vorfall, wonach Delegierte des Parteitages in der Mittelrhein-Verammlung der abgespaltenen Opposition den Bericht über den Parteitag der KAP, vorgelesen haben, erließ die Konferenz einen Verstoß seitens dieser Genossen gegenüber den Beschlüssen des Parteitages in der Oppositionsangelegenheit. Das Schreiben von Hamburg zu dieser Angelegenheit, welches ebenfalls vorgelesen wurde, konnte die Konferenz absolut nicht davon überzeugen, daß die Genossen, die den Bericht dargegeben haben, richtig gehandelt haben. Nach der Meinung der Konferenz sollte es doch eine Selbstverständlichkeit sein, ebenfalls vorgelesen auch für die Delegierten maßgebend sind, die nicht ihrem Willen entsprechen.

Im Organisatorischen wurde beschlossen, die Bez. Mittel- und Niederrhein wieder zu vereinigen, es wurde von der Tatsache ausgegangen, daß die Verhältnisse sich nicht so gestaltet haben wie bei der Aufteilung im Oktober 1927 den Anschein hatte und wie die Dinge augenblicklich liegen, es zweckmäßiger wäre, beide Bezirke wieder zusammenzulegen. Dem Bezirks-Arbeits-Ausschuß wurde angetragen, die alten Beschlüsse bezüglich der Solidarität in einem Rundschreiben erneut festzulegen, damit nicht erneute Meinungsverschiedenheiten, wie es leider in Barmen der Fall war, auftauchen. Nach Billigung der Meinungsverschiedenheiten und Mißbilligkeiten innerhalb der Gruppe Köln soll der Beschluß der Konferenz der BAA, oder die Parteiliste nach dort verlegt werden. Die Konferenz beschloß ferner, die alten Mitgliedsbücher des hiesigen Bezirks beizubehalten. Nach sonstigen organisatorischen Regelungen fand die Konferenz in vorgerückter Stunde ihr Ende.

Organisatorische Mitteilungen

Achtung Hamburg! Partei und Union: Wichtige gemeinsame Arbeitsausschulung am Donnerstag, den 24. Mai, 8 Uhr, bei Lorenz, Grütz-mechergang 22. Niemand darf fehlen.

Der Friede der Demokratie

Eines der beliebtesten Steckenpferde, welches die SPD, im verlossenen Wahlrummel rief, war die Parole: „Wahl sozialdemokratisch, dann stärkt ihr die Demokratie und sichert damit am besten den Völkerrfrieden.“ Und die SPD-Führer -wiewiesen- besonders darauf, daß nur sogenannte Linkswähler am 20. Mai das Werk der deutsch-französischen Verständigung fördern können. Diese sozialdemokratische Wahlparole fiel naturgemäß auf günstigen Boden, da nach dem Aderlaß des Weltkrieges die Idee des allgemeinen Friedens einen starken Antrieb erhalten hat. Auch die große Masse des Proletariats läßt sich in Erinnerung an das vierjährige Grauen des Stahlkrieges noch willig vom sanften Strom des Pazifismus treiben und sieht in der November-Erregung der Demokratie die heute realste Garantie für das friedliche Zusammenleben der kapitalistischen Mächte.

Es kann natürlich nicht zugehen, wenn das Lager der Sozialdemokratie und linksbürgerlichen Parteien der Wille zur internationalen Verständigung stärker ist, als bei den an der monarchistischen Tradition klebenden bürgerlichen Rechtspartheien. Es hat deshalb den Anschein, als ob tatsächlich der Weg der Demokratie zur Befriedung der bürgerlichen Welt führen kann. Aber es scheint nur so! Denn das Bild verändert sich gründlich, wenn der Wert der heutigen Demokratie nicht losgelöst von ihrer kapitalistischen Umwelt betrachtet wird. Ja, die pazifistische Friedensidee entpuppt sich sofort als kleinbürgerliche Utopie, wenn man die fundamentale Tatsache nicht übersieht, daß gerade derselbe Kapitalismus, der vor vierzehn Jahren Europa in ein einziges Leichen- und Trümmerfeld verwandelte, die gesellschaftliche Grundlage der bestehenden Demokratie ist.

Diese unsere Kennzeichnung des utopischen Wesens der sozialdemokratischen Friedenspolitik wird den Arbeitermassen verständlicher werden, wenn sie erst mal einen Blick auf die positive Seite der Demokratie innerhalb Deutschlands werfen. D. h. bedeutet die Demokratie in wirtschaftlicher und politischer Beziehung einen solchen Fortschritt, daß sie die deutschen Proletarier als Machtinstrument des Kampfes um den Sozialismus betrachten können? Diese für die Arbeiterklasse ausschlaggebende Frage muß vornehmst werden, wenn die Bilanz aus dem ersten Jahrzehnt der demokratischen Republik gezogen wird. Denn politisch war die Demokratie seit 1918 nicht jense scharfe Schwert, mit dem das Proletariat der Bourgeoisie entscheidende Schläge versetzen konnte. Im Gegenteil: die Kapitalistenklasse hat auch auf dem demokratischen Boden ihre staatliche Macht so festigen können, daß sie die Arbeiterschaft genau so brutal niederhalten kann, wie im Zeitalter der Monarchie. Diese Tatsache wird keineswegs abgeschwächt durch die Erweiterung der parlamentarischen Rechte, die ja nur den Zweck hat, die bürgerliche Klassendiktatur vor dem Proletariat zu verschleiern. Auch in wirtschaftlicher Beziehung hat die Demokratie nicht die Bahn freigemacht für die Durchsetzung der proletarischen Lebensinteressen. Die sozialen Verhältnisse haben sich vielmehr so verschärft, daß die vermehrte Anhäufung von Profitten nur möglich ist bei gesteigerte Akkumulation von Massenelend und der wirtschafts-demokratischen Gewerkschaftspolitik steht gegenüber ein Schlichtungsmechanismus, der die Arbeitermassen immer wieder durch das Fegfeuer der kapitalistischen Rationalisierung peitscht. Nur Narren oder Betrüger können heute noch leugnen, daß trotz der formalen Demokratie der Druck auf das Proletariat steigt und damit die soziale Gegensätze wachsen.

Wie nun die Demokratie keine realen Vorteile für die Klassenlage der deutschen Arbeiterschaft gebracht hat, so ist auch ihre Einwirkung auf die Beziehungen der kapitalistischen Mächte nur negativ. So richtig es ist, daß heute der Verkehr der bürgerlichen Staaten untereinander nicht möglich ist ohne gewisse Regeln friedlicher Zusammenarbeit, so falsch ist der Glaube, daß die kapitalistischen Länder jemals alle unter einen Hut gebracht werden könnten. Die sozialdemokratischen Verständigungsapostel vergessen hierbei, daß der den imperialistischen Mächten einwohnende Expansionsdrang selbst die Quelle ist, aus der zwangsläufig immer wieder kriegerische Konflikte hervorbrechen müssen. Die SPD-Führer vergessen weiter, daß der Konkurrenzkampf um die Beherrschung des heute zu kleinen kapitalistischen Weltmarktes die imperialistischen Gegensätze so verschärft, daß der angesammelte Zündstoff dieser Entwicklung in einem neuen Weltbrand sich entladen muß, wenn nicht vorher das inter-

9. Jahrg. Nr. 37

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, 26. Mai 1928
Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bei Bezug unter Streifenband vierteljährlich 2,50 Mk. inkl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,18 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Der Friede der Demokratie

In allen Wipfeln ist nun Ruh'. Die Untertanen haben ihrer väterländischen Pflicht genügt; haben „abgerechnet“. Das übrige, die Bildung der neuen Regierung ist ja nicht ihre Sache; das ist Sache der „Auserwählten des Volkes“. Noch nie war die „Probleme“ so klar, wie nach diesen Wahlen. Es ist kaum mit einer Meinungsverschiedenheit dahingehend zu rechnen, daß die Sozialdemokratie auch wieder offiziell Regierungspartei in Kiel lege diesen Kurs so eindeutig fest, daß die „Opposition“ nachdem nur, noch in feilheitentischen Lamentationen „Wahlkampfe“ nicht mehr von ihren „Prinzipien“ entdeckt. Selbst die Provokation eines Thoms hat sie hingenommen und noch obendrein verteidigt, ohne mit einer Wimper zu zucken.

Und doch wird die Sozialdemokratie ob ihres Sieges nicht recht froh. Was eigentlich haben wollen, darüber schweigt sich der „Vorwärts“ restlos aus, trotzdem unter den Machern der neuesten Geschichte, die das Proletariat nun erleben wird, kein Zweifel besteht. Aber es wäre doch zu banal, so ohne weiteres zuzugreifen ohne das nötige Schauspiel des „Kampfes“ um die „Macht“, das nun beginnt. Es wird, wie immer, einige Sätteln im Wasserlassen, einige gescheiterte Verhandlungen, einige scheinbar nutzlose Konferenzen beim Reichspräsidenten geben. Einer und der andere wird bei seinem Auftrag, eine neue Regierung zu bilden, scheitern, wird den Auftrag zurückgeben, um dann zuletzt, im Interesse des „Volkes“ doch die Sache zum Abschluß zu bringen durch „Opfer von beiden Seiten“.

Viel Flugsaat würde den beiden sozialdemokratischen Parteien zugeföhren. Ja, es hat nicht viel gefehlt, dann hätte der Staub in der Hungermühle der Demokratie den parlamentarischen „Arbeiterparteien“ zu 51 Prozent „Macht“ verholfen. Daß dieses Dilemma nicht eintrat, darum ist den „Kämpfern“ um die Macht gewiß ein Stein vom Herzen. Aber es ist auch so unbehaglich genug.

Die Sozialdemokratie tritt das „Erbe“ des „Bürgerblocks“ an, und dieses „Erbe“, zu dem sie ihm selbst verhält, und mit dem sie bei den Wahlen wucherte, um Stimmen zu fangen - wird ihr nun von neuem zum Verhängnis. Denn eine Chance hatte dieser „Bürgerblock“ trotzdem für sich: trotz der noch vorhandenen Millionenzahl von Erwerbslosen konnte die Bourgeoisie die Konjunktur halten. Was die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften an der Politik des „Bürgerblocks“ bis ins kleinste anschauteten, war reine Demagogie. In ihrer praktischen rührigen Regierungstätigkeit habet sie gegen das Proletariat sowohl auf dem Gebiete der „Gesetzgebung“ als auch in der praktischen Niederknüttelung des Proletariats dasselbe getan, wie der „Bürgerblock“. Es ließe Eulen nach Athen tragen, dies alles von neuem und immer wieder aufzuheben.

Die Vergeblichkeit der Arbeiter, die an der Praxis sozialdemokratischer Politik noch nicht begriffen haben, daß diese Partei nie und nimmer für die Interessen des Proletariats kämpfen kann, mag für demagogische Wahlkämpfe gut ausnützen sein. Aber sie hat die unvermeidliche Kehre, daß diese Arbeiter in ihrer politischen Naivität das verlangen werden, was man ihnen verspricht. Die Kohlen- und Eisen-gedrängt wird. Eine neue Revolution frisst nicht nur die größten Teile für ein Jahr „verbindlich“ sind, immer noch weiter herab. Die deutsche Bourgeoisie jedoch ist: gewillt, mit allen Mitteln die Ausbeutung zu steigern, weil sie nur so die eminent hohen Profite einstecken kann, die ihr jede Disposition in der kommenden Krise erlauben. Schon antworten die Zechenbarone mit Arbeiterentlassungen als Antwort auf einige Pfenninge Ausgleich auf die vergangene Verstärkung des pro-

letarischen Fatters. Dieser damit verbundene Raubbau an den Innenmärkten ist zu jeder Zeit die immer weitere Zerstörung und ein sicheres Vorzeichen des nahenden Endes der blühender Antritt des Kapitals auf ein neuer, noch viel gewaltigerer Antritt des Kapitals auf das Proletariat.

Der linke Bürgerblock

Die Arbeiter, die von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften selbst an die Ketten der Schlichtungsjustiz genagelt wurden, werden vorerben hoffen, daß die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften diese Fesseln auch nur um ein wenig lockern. Die Arbeiter, die von der neuen Welle der Arbeitslosigkeit überbrastet werden, werden sehen, daß die „Linkeregierung“ sie genau so brutal verrecken läßt, wie die rechte Bürgerblockregierung. Denn diese „Linkeregierung“ will, und das ist doch des Pudels Kern, den Aufstieg des Kapitalismus, und nicht den Kampf gegen ihn. Dieser „Aufstieg“ kann sich nur unter der Bedingung des immer größer ausbreitenden Elends der arbeitenden Massen vollziehen.

Wenn die „linke“ Regierung diese ihre Büttelehre getreulich erfüllt, dann wird die Bourgeoisie sie mit einigem Geschick, damit die Massen sie als die „ihre“ ansehen. Wohnt nicht, dann wird sie durch eine ansehnliche Subvention und unter Verantwortlichmachung der kommenden Krise diese Regierung so lange durchkriechen, bis jener Flugsaat, der sie auf die Ministeressel hob, zu den „Oppositionsparteien“ die die Opposition gebrauchten, um ihre Reihen mit unzufriedenen Kleinbürgern von neuem aufzufüllen, wieder abwandert. Die Bourgeoisie denkt heute schon unverblümt an, daß es noch einen Ausweg gibt, das ist die Auflösung eines Reichstages, dessen „Mehrheitsverhältnisse“ eine festfundierte Regierung nicht zulassen. Daß die Sozialdemokratie im Interesse von Erlangung möglichst vieler Staatsfitterkruppen alles tun, und alles vermeiden wird, was gegen die Interessen des Kapitals verstößt, versteht sich am Rande.

Aber in dieser Lage können die Fronten nicht mehr verschleiert werden, wenigstens nicht mehr so leicht, als zur Zeit, als man heuchlerisch auf den Bürgerblock verwies. Dort, wo auch in Zukunft die Schredsprüche der „Linkeregierung“ niederausden, dort liegt in Wirklichkeit der Ausgangspunkt des Problems, an dem alle jesuitischen Kunststücke scheitern werden. Die Gewerkschaften als die festesten Stützen des „linken“ Bürgerblocks werden als getreue Schildknappen der linken Bürgerblockregierung noch unverschämter die Sklaven Klassen-schleibung wird auch dem „kommunistischen“ Anhängern der KPD, die Maske heruntergerissen. Denn da, wo die Proletarier einmal durch den Irrgarten der Demokratie brechen und die Waffe gegen den parlamentarisch-gewerkschaftlichen Arbeiterverrat wenden, wird sich die KPD, offen für die Gewerkschaften und damit für die Bourgeoisie entscheiden müssen, wofür sich ihre Auftraggeber, die Regierung der russischen Bauern, längst entschieden hat.

Wir, die wir wissen, daß der reise Proletariat sich zu erheben wird, wo die Kante seiner Pleiade auf ihn niedersinkt, dürfen nicht nach der Mühe, der Zeit, der Ausdauer fragen. Wir wissen, daß sich die Dinge immer enger im Raume stoßen, und überlassen es parlamentarischen Zwergen, sich im parlamentarischen Fasching zu blamieren. Wir werden den Gegensatz zwischen proletarischem Massenwillen und Massen-kampfe immer von neuem aufzeigen, im letzten Endes zur Entzündung bringen, bis das Proletariat als Träger seines Schicksals hinauswächst über die parlamentarische Beschränktheit, und im Massenkampf um und mit den Räten die Fesseln zersprengt, die ihm der „linke“ Bürgerblock von neuem anlegte, weil der „rechte“ den Kredit verloren hatte.

Die Vergeblichkeit der Arbeiter, die an der Praxis sozialdemokratischer Politik noch nicht begriffen haben, daß diese Partei nie und nimmer für die Interessen des Proletariats kämpfen kann, mag für demagogische Wahlkämpfe gut ausnützen sein. Aber sie hat die unvermeidliche Kehre, daß diese Arbeiter in ihrer politischen Naivität das verlangen werden, was man ihnen verspricht. Die Kohlen- und Eisen-gedrängt wird. Eine neue Revolution frisst nicht nur die größten Teile für ein Jahr „verbindlich“ sind, immer noch weiter herab. Die deutsche Bourgeoisie jedoch ist: gewillt, mit allen Mitteln die Ausbeutung zu steigern, weil sie nur so die eminent hohen Profite einstecken kann, die ihr jede Disposition in der kommenden Krise erlauben. Schon antworten die Zechenbarone mit Arbeiterentlassungen als Antwort auf einige Pfenninge Ausgleich auf die vergangene Verstärkung des pro-

letarischen Fatters. Dieser damit verbundene Raubbau an den Innenmärkten ist zu jeder Zeit die immer weitere Zerstörung und ein sicheres Vorzeichen des nahenden Endes der blühender Antritt des Kapitals auf ein neuer, noch viel gewaltigerer Antritt des Kapitals auf das Proletariat.

Der linke Bürgerblock

Die Arbeiter, die von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften selbst an die Ketten der Schlichtungsjustiz genagelt wurden, werden vorerben hoffen, daß die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften diese Fesseln auch nur um ein wenig lockern. Die Arbeiter, die von der neuen Welle der Arbeitslosigkeit überbrastet werden, werden sehen, daß die „Linkeregierung“ sie genau so brutal verrecken läßt, wie die rechte Bürgerblockregierung. Denn diese „Linkeregierung“ will, und das ist doch des Pudels Kern, den Aufstieg des Kapitalismus, und nicht den Kampf gegen ihn. Dieser „Aufstieg“ kann sich nur unter der Bedingung des immer größer ausbreitenden Elends der arbeitenden Massen vollziehen.

Wenn die „linke“ Regierung diese ihre Büttelehre getreulich erfüllt, dann wird die Bourgeoisie sie mit einigem Geschick, damit die Massen sie als die „ihre“ ansehen. Wohnt nicht, dann wird sie durch eine ansehnliche Subvention und unter Verantwortlichmachung der kommenden Krise diese Regierung so lange durchkriechen, bis jener Flugsaat, der sie auf die Ministeressel hob, zu den „Oppositionsparteien“ die die Opposition gebrauchten, um ihre Reihen mit unzufriedenen Kleinbürgern von neuem aufzufüllen, wieder abwandert. Die Bourgeoisie denkt heute schon unverblümt an, daß es noch einen Ausweg gibt, das ist die Auflösung eines Reichstages, dessen „Mehrheitsverhältnisse“ eine festfundierte Regierung nicht zulassen. Daß die Sozialdemokratie im Interesse von Erlangung möglichst vieler Staatsfitterkruppen alles tun, und alles vermeiden wird, was gegen die Interessen des Kapitals verstößt, versteht sich am Rande.

Aber in dieser Lage können die Fronten nicht mehr verschleiert werden, wenigstens nicht mehr so leicht, als zur Zeit, als man heuchlerisch auf den Bürgerblock verwies. Dort, wo auch in Zukunft die Schredsprüche der „Linkeregierung“ niederausden, dort liegt in Wirklichkeit der Ausgangspunkt des Problems, an dem alle jesuitischen Kunststücke scheitern werden. Die Gewerkschaften als die festesten Stützen des „linken“ Bürgerblocks werden als getreue Schildknappen der linken Bürgerblockregierung noch unverschämter die Sklaven Klassen-schleibung wird auch dem „kommunistischen“ Anhängern der KPD, die Maske heruntergerissen. Denn da, wo die Proletarier einmal durch den Irrgarten der Demokratie brechen und die Waffe gegen den parlamentarisch-gewerkschaftlichen Arbeiterverrat wenden, wird sich die KPD, offen für die Gewerkschaften und damit für die Bourgeoisie entscheiden müssen, wofür sich ihre Auftraggeber, die Regierung der russischen Bauern, längst entschieden hat.

Wir, die wir wissen, daß der reise Proletariat sich zu erheben wird, wo die Kante seiner Pleiade auf ihn niedersinkt, dürfen nicht nach der Mühe, der Zeit, der Ausdauer fragen. Wir wissen, daß sich die Dinge immer enger im Raume stoßen, und überlassen es parlamentarischen Zwergen, sich im parlamentarischen Fasching zu blamieren. Wir werden den Gegensatz zwischen proletarischem Massenwillen und Massen-kampfe immer von neuem aufzeigen, im letzten Endes zur Entzündung bringen, bis das Proletariat als Träger seines Schicksals hinauswächst über die parlamentarische Beschränktheit, und im Massenkampf um und mit den Räten die Fesseln zersprengt, die ihm der „linke“ Bürgerblock von neuem anlegte, weil der „rechte“ den Kredit verloren hatte.

Die Vergeblichkeit der Arbeiter, die an der Praxis sozialdemokratischer Politik noch nicht begriffen haben, daß diese Partei nie und nimmer für die Interessen des Proletariats kämpfen kann, mag für demagogische Wahlkämpfe gut ausnützen sein. Aber sie hat die unvermeidliche Kehre, daß diese Arbeiter in ihrer politischen Naivität das verlangen werden, was man ihnen verspricht. Die Kohlen- und Eisen-gedrängt wird. Eine neue Revolution frisst nicht nur die größten Teile für ein Jahr „verbindlich“ sind, immer noch weiter herab. Die deutsche Bourgeoisie jedoch ist: gewillt, mit allen Mitteln die Ausbeutung zu steigern, weil sie nur so die eminent hohen Profite einstecken kann, die ihr jede Disposition in der kommenden Krise erlauben. Schon antworten die Zechenbarone mit Arbeiterentlassungen als Antwort auf einige Pfenninge Ausgleich auf die vergangene Verstärkung des pro-

letarischen Fatters. Dieser damit verbundene Raubbau an den Innenmärkten ist zu jeder Zeit die immer weitere Zerstörung und ein sicheres Vorzeichen des nahenden Endes der blühender Antritt des Kapitals auf ein neuer, noch viel gewaltigerer Antritt des Kapitals auf das Proletariat.